

Kurzbeitrag für Koblenzer Sozialforum

Wie sind Gewerkschaften von der neoliberalen Politik betroffen?

Zunächst ist die Frage zu stellen: wofür stehen Gewerkschaften?

Für Interessenvertretung als Menschenrecht !

Für eine solidarische Gesellschaft!

Für Lastenverteilung nach Leistungsstärke!

Sie handeln und sprechen für abhängig Beschäftigte nicht nur bezüglich der Arbeitsbedingungen, sondern auch Lebensbedingungen!

Für Chancengleichheit der einzelnen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft!

Für Verhandlungsmacht gegenüber den Arbeitgebern!

Erklärte Absicht aller politischen Parteien in Deutschland ist die Anpassung des Sozialstaates an die derzeitigen finanziellen Möglichkeiten.

Da aufgrund der Arbeitslosigkeit (und die Ausblutung der Kranken- Renten- und Arbeitslosenversicherung für den Aufbau Ost) die Einnahmen der Sozialversicherung sinken, sollen die Ausgaben den Einnahmen angepasst werden.

Die Zuzahlungen der Versicherten dienen diesem Zweck!

Sie dienen aber noch einem ganz anderen Ziel, nämlich der Verschiebung der Finanzierung der Versicherung.

Die Bezahlung der Versicherungsbeiträge zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wird durch die Hintertür aufgelöst.

Dem stehen die Gewerkschaften mit ihrer Vorstellung einer solidarischen und ebenso finanzierten Gesellschaft entgegen.

Auch die Finanzierung des Staates über direkte und indirekte Steuern wird seit Jahren zu Ungunsten der Arbeitnehmerinnen verschoben. Jetzt wird der schlanke Staat propagiert, alle wollen nichts mehr dazu beitragen. Welche Bedeutung aber Bildung ohne direkte Verwertbarkeit für unser Gemeinwesen und auch für Arbeitnehmerinnen hat, oder gute Verkehrsverbindungen, oder eine gesunde Umwelt, wird nicht thematisiert. Es wird so getan, als ob sich jede ihre Privatschule, ihr Schwimmbad, ihre Bibliothek oder Uni leisten kann.

Gewerkschaften und jene, die behaupten, wir brauchen Menschen, die diese Dienstleistungen für alle erbringen, werden als Selbstbediener und Interessenvertreter für eben nur jene Gruppe diskreditiert.

Arbeitslose missbrauchten die Arbeitslosenversicherung, wird behauptet, weil die Lohnersatzleistungen zu hoch seien und deshalb keine Notwendigkeit zur Aufnahme von Arbeit bestehe. Die Fort – und Weiterbildung durch die Arbeitsämter wird in Zukunft als versicherungsfremde Leistungen betrachtet. Wer sich dagegen wehrt, wird diffamiert.

Da Gewerkschaften zu all diesen Themen Position beziehen, werden sie auch abqualifiziert. Denn sie sind ein Störfaktor, der die herrschende Meinung nicht teilt, sondern nach den oben genannten Grundsätzen handelt und Stellung bezieht.

Um sie zu entwerten, werden sie derzeit als Bremser des Fortschritts dargestellt. Dieser „Fortschritt“ ist in den Augen der Gewerkschaften Rückschritt. Um die Gewerkschaften als Diskussions- und Verhandlungspartner für die Interessen der Arbeitnehmerinnen aus allen Politikbereichen auszuschließen, wird die zentrale Aufgabe der Gewerkschaften in Frage gestellt, die Tarifautonomie. Aus der Kraft als Tarifpartner beziehen die Gewerkschaften ihre Stärke in allen anderen Politikfeldern. Deshalb hat insbesondere die CDU/CSU dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt – und alle anderen sind sich noch nicht sicher, ob es richtig ist, dabei mitzumachen. Allenfalls halbherzig sind die Bekenntnisse zur Tarifautonomie und damit auch zum Grundgesetz. Dieses hat die Koalitionsfreiheit als Grundrecht definiert. Wir befinden uns damit im Einklang mit den UNO

Menschenrechten. Im Übrigen zeigt sich in allen Nationen, dass ohne freie Gewerkschaften Menschenrechte nicht vorhanden sind, dass sie Vorkämpfer für persönliche Freiheiten und Wahlen sind.

Die Gewerkschaften werden sich auch in Zukunft gegen Sozialabbau wehren.

(Gabi Weber, DGB)